

Satzung zur Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden (BBS)

Der Markt Luhe-Wildenau erlässt aufgrund des Art. 23 Satz 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayer (BayRS 2020-a-I) folgende Satzung:

Erster Teil: *Allgemeines*

§ 1 Unterzeichnungsrecht bei Bürgerbegehren, Stimmrecht bei Bürgerentscheiden

Unterzeichnungsberechtigt bei Bürgerbegehren und stimmberechtigt bei Bürgerentscheiden sind alle wahlberechtigten Gemeindebürger gemäß Art. 1 des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes (GLKrWG) und § 1 der Gemeinde- und Landkreiswahlordnung (GLKrWO) in der jeweils geltenden Fassung. Bei Bürgerbegehren muss das Unterzeichnungsrecht am Tage der Einreichung der Unterschriften nach Art. 18a Abs. 4 bzw. Abs. 8 der Bayerischen Gemeindeordnung (GO) bestehen.

Zweiter Teil: *Bürgerbegehren*

§ 2 Gestaltung der Bürgerbegehrens-Listen, Unterzeichnung des Bürgerbegehrens

- (1) Die Unterschriftenlisten des Bürgerbegehrens müssen die Fragestellung, die Begründung sowie Namen und Anschrift der drei Personen enthalten, die von den Unterzeichnenden als ihre Vertreter bestimmt werden. Außerdem müssen für die Unterzeichnungen Spalten für Familiennamen, Vornamen, Geburtsdatum (mit dem Zusatz „freiwillig“), Anschrift der Hauptwohnung und Unterschrift vorgesehen sein. Statt Unterschriftenlisten können auch Coupons, Postkarten oder andere Unterlagen verwendet werden, soweit sie alle erforderlichen Angaben enthalten.
- (2) Sollen die Vertreter ermächtigt werden, das Bürgerbegehren zurückzunehmen oder zu ändern, wenn dies für die Zulässigkeit des Begehrens notwendig erscheint, so muss dies auf den Unterschriftenlisten vermerkt sein.
- (3) Eine Unterschriftenliste ist ungültig, wenn sie den Anforderungen des Abs. 1 nicht genügt. Unterzeichnungen sind ungültig, wenn
 1. sie keine eigenhändige Unterschrift enthalten,
 2. sie die Person des Unterzeichnenden nicht eindeutig erkennen lassen oder
 3. die Person nicht unterzeichnungsberechtigt ist.

§ 3 Überprüfung der Unterzeichnungen, Behandlung im Gemeinderat

- (1) Das Bürgerbegehren muss schriftlich beim ersten Bürgermeister oder seinem Vertreter im Amt eingereicht werden.

- (2) Zur Überprüfung der Unterzeichnungen kann die Anlegung eines Stimmberechtigtenverzeichnisses für den Tag der Einrichtung nach Art. 18a Abs. 4 oder Abs. 8 GO unterbleiben, wenn 10 % mehr gültige Unterzeichnungen eingereicht werden, als bezogen auf das letzte für eine kommunale Wahl oder Abstimmung angelegte Stimmberechtigtenverzeichnis unter Berücksichtigung der Bevölkerungsfortschreibung erforderlich wären. In diesem Fall kann die Zahl der gültigen Unterzeichnungen durch Hochrechnung der Prüfungsergebnisse von 20 % der Unterzeichnungen (auf nach Zufallregeln ausgewählten Listen) ermittelt werden.
- (3) Ergibt die Überprüfung, dass die erforderliche Anzahl gültiger Unterzeichnungen noch nicht erreicht ist, teilt dies die Gemeinde den Vertretern des Bürgerbegehrens unverzüglich mit. Bis zur Entscheidung des Gemeinderats über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens können Unterzeichnungen nachgereicht werden.
- (4) Die Rücknahme einzelner Unterzeichnungen ist ab Einrechnung nach Art. 18a Abs. 4 oder Abs. 8 GO wirkungslos.
- (5) Spätestens zwei Monate nach Einreichung des Bürgerbegehrens nach Art. 18a Abs. 4 GO entscheidet der Gemeinderat über die Zulässigkeit. Der Beschluss wird den Vertretern des Bürgerbegehrens bekanntgegeben.
- (6) Enthält das Bürgerbegehren zulässige und unzulässige Bestandteile, kann der rechtliche unbedenkliche Teil zum Bürgerentscheid zugelassen werden, wenn die Teile trennbar sind und der zulässige Teil für sich sinnvoll bestehen kann.
- (7) Bei Bürgerentscheiden, die vom Gemeinderat gemäß Art. 18a Abs. 2 GO mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Stimmberechtigten Mitglieder herbeigeführt worden sind, erfolgt die Beschlussfassung über die Fragestellung sowie die Begründung des Bürgerentscheids gemeinsam mit dem Beschluss darüber, dass ein Bürgerentscheid stattfindet.

Dritter Teil: *Vorbereitung des Bürgerentscheids*

§ 4 Tag und Dauer des Bürgerentscheids

- (1) Der Bürgerentscheid findet an einem Sonntag oder an einem Feiertag statt. Der Tag wird vom Gemeinderat festgesetzt. Mehrere Bürgerentscheide an einem Tag sind möglich.
- (2) Die Abstimmung dauert von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr. Trifft ein Bürgerentscheid mit einer Wahl bzw. einem Volksentscheid zusammen, so richtet sich die Dauer der Abstimmung zum Bürgerentscheid nach der Dauer der Abstimmung zur Wahl bzw. zum Volksentscheid.

§ 5 Stimmbezirke

Für den Bürgerentscheid werden Stimmbezirke gebildet.

§ 6 Stimmzettel

- (1) Die Gemeinde stellt amtliche Stimmzettel bereit. Über die Gestaltung des Stimmzettels entscheidet der Gemeinderat.
- (2) Der Stimmzettel muss die Fragestellung des Bürgerbegehrens enthalten. Daneben sind nur Hinweise zum Abstimmungsverfahren zulässig.
- (3) Redaktionelle Korrekturen der Fragestellung sind im Einvernehmen mit den Vertretern des Bürgerbegehrens möglich. Inhaltliche Änderungen können nur von den Vertretern des Bürgerbegehrens vorgenommen werden, wenn diese auf den Unterschriftenlisten ausdrücklich dazu ermächtigt wurden.
- (4) Finden mehrere Bürgerentscheide zum gleichen Gegenstand an einem Tag statt, so sind die Fragestellungen auf einem Stimmzettel gemeinsam aufzuführen. Die Reihenfolge richtet sich nach der vom Gemeinderat festgestellten Zahl der gültigen Eintragungen. Hat der Gemeinderat zum im wesentlichen gleich Gegenstand die Durchführung eines Bürgerentscheids beschlossen, wird dessen Fragestellung vor den mit Bürgerbegehren gestellten Fragen aufgeführt.
- (5) Bezieht sich ein Bürgerbegehren auf mehrere Gegenstände bzw. Maßnahmen, die in keinem notwendigen Zusammenhang stehen, so kann für die einzelnen Gegenstände bzw. Maßnahmen im Einvernehmen mit den Vertretern des Bürgerbegehrens getrennte Abstimmung auf einem Stimmzettel vorgesehen werden.

§ 7 Stichfrage bei mehreren Bürgerentscheiden zum gleichen Gegenstand

Finden am gleichen Tag mehrere Bürgerentscheide zum im wesentlichen gleichen Gegenstand statt, kann der Gemeinderat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder beschließen, dass gleichzeitig eine Stichfrage gestellt wird. Bei einem Stichtentscheid kann die stimmberechtigte Person zusätzlich darüber entscheiden, welches Bürgerbegehren in Kraft treten soll, falls mehrere Bürgerbegehren angenommen wurden. Die Stichfrage muss so gestellt werden, dass eine eindeutige Klärung des strittigen Gegenstands erreicht wird. Über die Formulierung der Stichfrage entscheidet der Gemeinderat. Die Stichfrage ist auf den Stimmzettel aufzunehmen.

§ 8 Stimmberechtigtenverzeichnis

- (1) Für jeden Stimmbezirk ist ein Stimmberechtigtenverzeichnis zu erstellen. Darin sind die Stimmberechtigten mit laufender Nummer, Familiennamen, Vornamen, Tag der Geburt und Wohnung einzutragen. Das Verzeichnis enthält eine Spalte für Stimmabgabevermerke und eine Spalte für Bemerkungen.
- (2) Jede stimmberechtigte Person, die sich in der Gemeinde mit dem Schwerpunkt ihrer Lebensbeziehungen seit mindestens drei Monaten aufhält, wird von Amts wegen in das Stimmberechtigtenverzeichnis eingetragen.
- (3) Die Gemeinde schließt das Stimmberechtigtenverzeichnis frühestens am dritten Tag, spätestens am Tag vor dem Bürgerentscheid ab. Vor dem Abschluss erledigt die Gemeinde

alle rechtzeitig eingegangenen Anträge auf briefliche Abstimmung oder Eintragung ins Stimmberechtigtenverzeichnis. Der Abschluss wird beurkundet, vorher ist ein Ausdruck herzustellen.

§ 9 Stimmrechtsausweis

- (1) Bis spätestens am 21. Tag vor dem Bürgerentscheid erhält jede stimmberechtigte Person, die in einem Stimmberechtigtenverzeichnis eingetragen ist, von der Gemeinde den Stimmrechtsausweis.
- (2) Der Stimmrechtsausweis enthält,
 1. den Familiennamen, die Vornamen und die Anschrift der stimmberechtigten Person
 2. den Abstimmungstag und die Abstimmungszeit,
 3. den Stimmbezirk und das Stimmlokal,
 4. die Nummer, unter der die wahlberechtigte Person im Stimmberechtigtenverzeichnis eingetragen ist,
 5. die Aufforderung, dass der Stimmrechtsausweis und der Personalausweis, von ausländischen Unionsbürgern ein gültiger Identitätsausweis, oder der Reisepass zur Abstimmung mitzubringen sind,
 6. den Hinweis, dass man nur zur Abstimmung in dem angegebenen Stimmlokal und nicht in anderen Stimmlokalen berechtigt ist,
 7. den Hinweis, dass man auch brieflich abstimmen kann,
 8. eine Rückantwortkarte an die Gemeinde zur Beantragung einer brieflichen Abstimmung,
 9. den Hinweis, dass die Unterlagen der brieflichen Abstimmung von einer anderen als der stimmberechtigten Person nur beantragt werden kann, wenn eine gesonderte schriftliche Vollmacht vorgelegt wird.

§ 10 Antrag auf Eintragung ins Stimmberechtigtenverzeichnis

- (1) Jede stimmberechtigte Person, die bis zum 21. Tag vor dem Bürgerentscheid keinen Stimmrechtsausweis erhalten hat, muss bis spätestens zum fünften Tag vor dem Bürgerentscheid den Eintrag in das Stimmberechtigtenverzeichnis beantragen, wenn sie an der Abstimmung teilnehmen will. Der Antrag ist schriftlich oder zur Niederschrift unter Angabe des Familiennamens, des Vornamens, des Geburtstages und –ortes bei der Gemeinde einzureichen.
- (2) Wenn die stimmberechtigte Person nicht mit Hauptwohnung seit drei Monaten in der Gemeinde gemeldet ist, muss sie in dem Antrag nachweisen, dass sie sich am Tag des Bürgerentscheids seit mindestens drei Monaten ununterbrochen mit dem Schwerpunkt ihrer Lebensbeziehungen in der Gemeinde aufhält. Der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen Verheirateter, die nicht dauernd getrennt von ihrer Familie leben, ist regelmäßig die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie; das gilt ebenso für Unverheiratete, die bei ihrer Familie wohnen. Im übrigen ist der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen regelmäßig am Ort der Wohnung, von der aus eine Person ihrer Erwerbstätigkeit oder ihrer Ausbildung nachgeht.

- (3) Kann eine stimmberechtigte Person infolge einer Behinderung den Antrag nicht persönlich unterzeichnen, darf sie sich der Hilfe einer Person ihres Vertrauens bedienen. Diese hat unter Angabe ihrer Personalien glaubhaft zu machen, dass die Antragsstellung dem Willen der stimmberechtigten Person entspricht.
- (4) Einem Antrag auf Eintragung gibt die Gemeinde in der Weise statt, dass sie der stimmberechtigten Person nach Berichtigung des Stimmberechtigtenverzeichnis den Stimmrechtsausweis aushändigt. Eine Ablehnung des Antrages ist unverzüglich mit dem Hinweis auf den zulässigen Rechtsbehelf der antragstellenden Person auszuhändigen.
- (5) Ist ein Stimmberechtigtenverzeichnis unrichtig oder unvollständig, kann die Gemeinde den Mangel jederzeit auch von Amts wegen beheben.

§ 11 Öffentlichkeit des Stimmberechtigtenverzeichnis, Beschwerdeverfahren

- (1) Das Stimmberechtigtenverzeichnis ist für jedermann einsehbar. Der Tag der Geburt ist dabei unkenntlich zu machen. Datensichtgeräte dürfen nur von Gemeindebediensteten bedient werden. Stimmberechtigte können im Zusammenhang mit der Prüfung des Stimmrechts einzelner bestimmter Personen Auszüge aus dem Stimmberechtigtenverzeichnis fertigen. Die Auszüge dürfen nur zur Prüfungen des Stimmrechts verwendet und Dritten nicht zugänglich gemacht werden; hierauf hat die Gemeinde hinzuweisen.
- (2) Beschwerden wegen der Richtigkeit des Stimmberechtigtenverzeichnis im Hinblick auf das Stimmrecht einer anderen Person können schriftlich oder zur Niederschrift bei der Gemeinde eingelegt werden. Soweit behauptete Tatsachen nicht offenkundig sind, hat die sich beschwerende Person nötigenfalls die erforderlichen Beweismittel beizubringen.
- (3) Will die Gemeinde einer Beschwerde gegen die Eintragung einer anderen Person stattgeben, hat sie dieser vor der Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.
- (4) Die Gemeinde hat ihre Entscheidung der sich beschwerenden Person und der betroffenen Person unverzüglich zuzustellen und auf den zulässigen Rechtsbehelf hinzuweisen.

§ 12 Bürgerentscheidsbekanntmachung

- (1) Spätestens am 21. Tag vor dem Bürgerentscheid stellt die Gemeinde allen Stimmberechtigten die Bürgerentscheidsbekanntmachung entsprechend der Anlage dieser Satzung zu. Die Gemeinde kann die Bürgerentscheidsbekanntmachung jedem Haushalt nur einmal zustellen, sofern nicht ein stimmberechtigtes Haushaltsmitglied auch die persönliche Zustellung verlangt.
- (2) In der Bekanntmachung werden auch die Stimmzettel mit dem Vermerk „Muster“ und die Auffassungen zu dem Bürgerentscheid (Art. 18a Abs. 15 GO) abgedruckt.
- (3) Die Auffassungen bestehen jeweils in gleichem Umfang aus
 - der Auffassung der Vertreter des Bürgerbegehrens,
 - der Auffassung der Mehrheit des Gemeinderates.

Bei Bürgerentscheiden, die durch Beschluss des Gemeinderates eingeleitet wurden (Art. 18a Abs. 2 GO) entfällt die Auffassung der Vertreter des Bürgerbegehrens.

- (4) Die Texte müssen kurz und sachlich gehalten sein, sich auf den Bürgerentscheid beziehen und dürfen keine persönlichkeitsverletzenden Äußerungen enthalten.
- (5) Der Gemeinderat legt vorab eine maximale Textlänge und einen Abgabetermin fest; verspätet eingereichte Texte werden nicht berücksichtigt. Der Abstimmungsleiter kann zu lange Texte im Einvernehmen mit den Verfassern kürzen.

§ 13 Antrag auf briefliche Abstimmung

- (1) Jede stimmberechtigte Person kann bis zum fünften Tag vor der Abstimmung, 18 Uhr, bei der Gemeinde briefliche Abstimmung beantragen. Abs. 4 bleibt unberührt.
- (2) Der Antrag muss schriftlich gestellt werden. Eine fernmündliche Antragstellung ist unzulässig. Der mit dem Stimmrechtsausweis übersandte Vordruck kann verwandt werden.
- (3) Wer den Antrag für einen anderen stellt, muss durch Vorlage einer schriftlichen gesonderten Vollmacht, die zu den Abstimmungsunterlagen genommen wird, nachweisen, dass er dazu berechtigt ist. Kann eine stimmberechtigte Person infolge einer Behinderung weder die briefliche Abstimmung selbst beantragen noch einem Dritten eine Vollmacht erteilen, darf sie sich der Hilfe einer Person ihres Vertrauens bedienen. Diese hat unter Angabe ihrer Personalien glaubhaft zu machen, dass die Antragstellung dem Willen der stimmberechtigten Person entspricht.
- (4) Wenn bei nachgewiesener plötzlicher Erkrankung das Stimmlokal nicht oder nur unter unzumutbaren Schwierigkeiten aufgesucht werden kann, kann die briefliche Abstimmung noch bis zum Abstimmungstag, 15 Uhr, beantragt werden. In diesem Fall hat die Gemeinde vor Übergabe der Unterlagen zur brieflichen Abstimmung den für den Stimmbezirk der stimmberechtigten Person zuständigen Abstimmungsvorstand zu unterrichten.
- (5) Verspätet eingegangene Anträge sind unbearbeitet mit den dazugehörigen Briefumschlägen zu verpacken.

§ 14 Zusendung der Briefstimmunterlagen

- (1) Die Briefstimmunterlagen bestehen aus dem Merkblatt zur brieflichen Abstimmung, dem Briefstimmausweis, dem Stimmzettel, dem Stimmzettelkuvert und dem Rücksendekouvert.
- (2) Die Briefstimmunterlagen werden den stimmberechtigten Personen zugesandt. Postsendungen werden von der Gemeinde freigemacht. In ein außereuropäisches Land werden die Unterlagen mit Luftpost versendet. Die Unterlagen können auch an die stimmberechtigte Person persönlich oder an nahe Familienangehörige ausgehändigt werden. Andere Personen dürfen die Unterlagen nur in dringenden Ausnahmefällen und nur dann ausgehändigt werden, wenn die Zusendung an die stimmberechtigte Person auf dem Postweg nicht oder nicht rechtzeitig erfolgen kann. Nahe Familienangehörige oder andere Personen müssen durch schriftliche gesonderte Vollmacht nachweisen, dass sie zur Entgegennahme berechtigt sind.

- (3) Mit Zusendung der Briefstimmunterlagen wird im Stimmberechtigtenverzeichnis bei der jeweiligen Person in der Spalte für Stimmabgabevermerke ein „B“ eingetragen.
- (4) Wird eine Person, die bereits Briefstimmunterlagen erhalten hat, im Stimmberechtigtenverzeichnis gestrichen, ist der Briefstimmausweis in ein Verzeichnis ungültig erklärter Briefstimmausweise aufzunehmen. Die Gemeinde übermittelt dieses Verzeichnis allen Abstimmungsvorständen, die mit der Zulassung der Briefstimmunterlagen betraut sind.

§ 15 Briefliche Abstimmung

- (1) Bei der brieflichen Abstimmung hat die stimmberechtigte Person der Gemeinde im Rücksendekuvert zu übersenden:
 1. den Briefstimmausweis und
 2. den Stimmzettel im verschlossenen Stimmzettelkuvert.

Die stimmberechtigte Person muss auf dem Briefstimmausweis die vorgedruckte Versicherung zur brieflichen Abstimmung mit Datumsangabe unterschreiben.

- (2) Verlorene Briefstimmunterlagen werden nicht ersetzt. Versichert die stimmberechtigte Person glaubhaft, dass ihr die beantragten Briefstimmunterlagen nicht zugegangen sind, können ihr bis zum Tag vor der Abstimmung, 12 Uhr, die Unterlagen noch mal ausgehändigt werden.
- (3) Haben Stimmberechtigte einen Briefstimmausweis oder einen Stimmzettel verschrieben oder versehentlich unbrauchbar gemacht, sind ihnen auf Verlangen diese Unterlagen gegen Vorlage der unbrauchbaren Unterlagen erneut auszuhändigen.
- (4) Das Rücksendekuvert kann unfrankiert an jedem Ort der Bundesrepublik Deutschland oder frankiert aus dem Ausland der Post übergeben werden.
- (5) Das Rücksendekuvert muss bei der Gemeinde spätestens am Tag des Bürgerentscheids bis zum Ende der Abstimmung eingehen.

Vierter Teil: Bestimmungsgorgane

§ 16 Abstimmungsleiter, Abstimmungsausschuss

- (1) Der Abstimmungsleiter ist der erste Bürgermeister oder ein von diesem beauftragter Gemeindebediensteter; es kann auch eine andere Person vom Gemeinderat zum Abstimmungsleiter bestellt werden. Ist der erste Bürgermeister selbst Vertreter eines Bürgerbegehrens, so wird eine andere Person vom Gemeinderat zum Abstimmungsleiter bestellt.
- (2) Die Gemeinde bildet einen Abstimmungsausschuss.

Mitglieder sind

- der Abstimmungsleiter als vorsitzendes Mitglied,

- vier von ihm berufene Stimmberechtigte als Beisitzer.
- (3) Der Abstimmungsausschuss stellt das Abstimmungsergebnis für die Gemeinde fest. Er kann die Stimmergebnisse und die Beschlüsse der Abstimmungsvorstände berichtigen.

§ 17 Abstimmungsvorstände

- (1) Für jeden Stimmbezirk und für die briefliche Abstimmung werden Abstimmungsvorstände gebildet.
- (2) Mitglieder der Abstimmungsvorstände sind
- der Abstimmungsvorsitzende und mindestens ein Stellvertreter,
 - der Schriftführer und mindestens ein Stellvertreter.
- (3) Während der Abstimmung und bei der Zulassung oder Zurückweisung der Stimmbriefe müssen mindestens zwei Mitglieder, bei der Ermittlung und Feststellung des Abstimmungsergebnisses mindestens drei Mitglieder anwesend sein. Der Abstimmungsvorstand ist nur bei dieser Mindestanwesenheit beschlussfähig.
- (4) Der Abstimmungsvorstand leitet die Durchführung der Abstimmung, entscheidet über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen und stellt, vorbehaltlich einer Berichtigung durch den Abstimmungsausschuss, das Abstimmungsergebnis für den Stimmbezirk fest.

§ 18 Zusammensetzung und Arbeitsweise der Abstimmungsorgane

- (1) Niemand darf in mehr als in einem Abstimmungsorgan Mitglied sein.
- (2) Bei der Berufung der Mitglieder der Abstimmungsorgane sind nach Möglichkeit die Unterzeichner der Bürgerbegehren sowie die politischen Parteien und die Wählergruppen entsprechend der aktuellen Besetzung des Gemeinderats zu berücksichtigen. Kein Bürgerbegehren, keine Partei oder Wählergruppe darf in einem Abstimmungsorgan mehrmals vertreten sein. Als Mitglied der Abstimmungsvorstände können auch Gemeindebedienstete berufen werden.
- (3) Die Abstimmungsorgane verhandeln, beraten und entscheiden in öffentlicher Sitzung. Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des vorsitzenden Mitglieds.
- (4) Über die Verhandlungen der Abstimmungsorgane wird eine gesonderte Niederschrift für jede Abstimmung gefertigt.
- (5) Die Beschlüsse sind mit Ausnahme der Beschlüsse über die Gültigkeit der Stimmzettel und der Briefstimmunterlagen in die Niederschrift aufzunehmen.
- (6) Niederschriften des Abstimmungsausschusses sind vom Abstimmungsleiter, die Niederschriften der Abstimmungsvorstände von allen anwesenden Mitgliedern zu unterzeichnen. Verweigern Mitglieder die Unterschrift, ist das unter Angabe des Grundes zu vermerken.

§ 19 Ehrenamt, Pflichten der Mitglieder der Abstimmungsorgane

- (1) Zur Übernahme des Ehrenamts eines Mitglieds eines Abstimmungsorgans ist jede wählbare Person verpflichtet. Das Ehrenamt darf nur aus wichtigem Grund (Krankheit, dringender beruflicher Grund o.ä.) abgelehnt werden. Ob ein wichtiger Grund vorliegt, entscheidet der Abstimmungsleiter.
- (2) Die Mitglieder der Abstimmungsorgane sind zur unparteiischen Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet. Über die ihnen bei ihrer Tätigkeit bekanntgewordenen Angelegenheiten haben sie Verschwiegenheit zu bewahren. Es ist untersagt, den Inhalt der Stimmrechtsausübung in irgendeiner Weise zu beeinflussen.
- (3) Die Gemeinde kann eine angemessene Entschädigung vorsehen.

Fünfter Teil: Durchführung des Bürgerentscheids

§ 20 Ausübung des Stimmrechts

- (1) Das Stimmrecht kann nur ausüben, wer in einem Stimmberechtigtenverzeichnis eingetragen ist.
- (2) Jede stimmberechtigte Person kann nur in dem Stimmbezirk, in dessen Stimmberechtigtenverzeichnis sie geführt wird, oder brieflich abstimmen.
- (3) Jede stimmberechtigte Person hat zu jedem Bürgerentscheid und Stichfrage jeweils einen Stimme.
- (4) Jede stimmberechtigte Person kann ihr Stimmrecht nur einmal und nur persönlich ausüben. Ist sie des Lesens unkundig oder wegen einer körperlichen Behinderung nicht in der Lage, ihr Stimmrecht auszuüben, dann sie sich der Hilfe einer Person ihres Vertrauens bedienen.

§ 21 Öffentlichkeit, geheime Stimmabgabe, unzulässige Beeinflussung

- (1) Die Durchführung der Abstimmung und die Ermittlung und Feststellung des Abstimmungsergebnisses sind öffentlich. Der Abstimmungsvorstand kann Personen, die Ruhe und Ordnung stören, aus dem Stimmlokal verweisen. Stimmberechtigten ist zuvor Gelegenheit zur Stimmabgabe zu geben.
- (2) Der Tisch, an dem der Abstimmungsvorstand Platz nimmt, muss von allen Seiten zugänglich sein. An oder auf diesem Tisch wird die Urne gestellt. Die Stimmzellen müssen vom Tisch des Abstimmungsvorstandes aus überblickt werden können.
- (3) Jeder Abstimmungsvorsitzender erhält vor Beginn der Abstimmung
 1. das Stimmberechtigtenverzeichnis,
 2. amtliche Stimmzettel in ausreichender Anzahl,

3. die Bürgerentscheidsbekanntmachung,
4. Vordrucke der Niederschriften in ausreichender Anzahl,
5. diese Satzung,
6. Verschlussmaterial für die Urnen,
7. Papierbeutel oder Packpapier und Siegelmaterial zum Verpacken der Stimmzettel und der Stimmrechtsausweise,
8. Schreibmaterial.

Die Abstimmungsvorstände, die mit der Zulassung der Briefstimmunterlagen betraut sind, erhalten statt den Nummer 1, 2 und 4 ein Verzeichnis ungültig erklärter Briefstimmungsweise, falls dieses vorhanden ist.

§ 23 Eröffnung, Verlauf und Schluss der Abstimmung

- (1) Der Abstimmungsvorsitzende überzeugt sich vor Beginn der Abstimmung, dass die Urnen leer sind und verschließt diese. Die Urnen dürfen bis zum Schluss der Abstimmung nicht mehr geöffnet werden.
- (2) Erhält der Abstimmungsvorsitzende vom Abstimmungsleiter die Mitteilung, dass nach Abschluss des Stimmberechtigtenverzeichnis noch Unterlagen zur brieflichen Abstimmung beantragt wurden, so trägt er im Stimmberechtigtenverzeichnis in die Spalte für Stimmabgabevermerke ein „B“ ein.
- (3) Die Stimmabgabe erfolgt so:
 1. Die abstimmende Person erhält beim Betreten des Stimmlokales den oder die amtlichen Stimmzettel.
 2. Danach kennzeichnet sie ihre Stimmzettel alleine in einer Stimmzelle.
 3. Die Stimmzettel sind mehrfach so zu falten, dass der Inhalt verdeckt ist.
 4. Danach legt die abstimmende Person dem Abstimmungsvorstand ihren Stimmberechtigtenausweis vor.
 5. Auf Verlangen hat sie sich auszuweisen.
 6. Der Schriftführer prüft, ob die abstimmende Person im Stimmberechtigtenverzeichnis eingetragen ist.
 7. Wenn kein Grund zur Zurückweisung nach Absatz 5 besteht, gibt der Abstimmungsvorsitzende die Urne frei.
 8. Die abstimmende Person legt ihre Stimmzettel in die Urne; mit Zustimmung der abstimmenden Person kann auch der Abstimmungsvorsitzende die Stimmzettel in die Urne legen.
 9. Der Schriftführer vermerkt die Stimmabgabe neben dem Namen der abstimmenden Person im Stimmberechtigtenverzeichnis in der Spalte für Stimmabgabevermerke.
- (4) Kann der Stimmrechtsausweis nicht vorgelegt werden, darf eine im Stimmberechtigtenverzeichnis eingetragene Person trotzdem von der Stimmabgabe nicht zurückgewiesen werden, wenn sie einem Mitglied des Abstimmungsvorstandes persönlich bekannt ist oder sich sonst in genügender Weise (z.B. Personalausweis) ausweisen kann.
- (5) Der Abstimmungsvorstand hat Personen zurückzuweisen, die

1. nicht im Stimmberechtigtenverzeichnis eingetragen sind,
 2. im Stimmberechtigtenverzeichnis in der Spalte für Stimmabgabevermerke ein „B“ stehen haben,
 3. bereits einen Stimmabgabevermerk im Stimmberechtigtenverzeichnis haben, es sei denn, sie weisen nach, dass sie noch nicht abgestimmt haben.
- (6) Beanstandet ein Mitglied des Abstimmungsvorstandes das Stimmrecht einer im Stimmberechtigtenverzeichnis eingetragenen Person, beschließt der Abstimmungsvorstand über die Zulassung oder Zurückweisung.
- (7) Will sich eine behinderte stimmberechtigte Person bei der Stimmabgabe einer Person ihres Vertrauens bedienen, gibt sie dies dem Abstimmungsvorstand bekannt. Hilfsperson kann auch ein von der stimmberechtigten Person bestimmtes Mitglied des Abstimmungsvorstandes sein. Die Hilfestellung hat sich auf die Wünsche der abstimmenden Person zu beschränken. Die Hilfsperson muss geheimhalten, was sie bei der Hilfeleistung von der Stimmvergabe eines anderen erfahren hat.
- (8) Sobald die Abstimmungszeit abgelaufen ist, wird dies vom Abstimmungsvorstand bekanntgegeben. Von da ab dürfen nur noch die Stimmberechtigten zur Stimmabgabe zugelassen werden, die sich im Stimmlokal befinden.

§ 24 Behandlung und Zulassung der Briefstimmunterlagen

- (1) Die Gemeinde sammelt die eingegangenen Briefstimmunterlagen ungeöffnet und hält sie unter Verschluss.
- (2) Die Gemeinde vermerkt auf jedem nach Ablauf der Abstimmungszeit eingegangenen Rücksendekuvert Tag und Uhrzeit des Eingangs. Diese verspätet eingegangenen Kuverts sind unter Verschluss aufzubewahren, bis alle Beschwerden rechtskräftig erledigt sind. Nachher sind sie ungeöffnet zu vernichten.
- (3) Die Gemeinde vereinbart nach Möglichkeit mit dem Postamt, dass alle am Abstimmungstag bei dem für die zuständigen Zustellpostamt noch vor Ablauf der Abstimmungszeit eingegangenen Rücksendekuverts von einem Beauftragten gegen Vorlage eines von ihr erteilten Ausweises bis zum Ablauf der Abstimmungszeit abgeholt werden können.
- (4) Die Gemeinde sorgt für die Bereitstellung und die Ausstattung des Auszähllokals und verteilt die Briefstimmunterlagen an die zuständigen Abstimmungsvorstände.
- (5) Briefstimmunterlagen sind zurückzuweisen, wenn
 1. das Rücksendekuvert nicht rechtzeitig eingegangen ist,
 2. dem Stimmzettelkuvert kein gültiger und unerschriebener Briefstimmausweis beigefügt ist,
 3. ein Rücksendekuvert mehrere Stimmzettelkuverts, aber nicht eine gleiche oder größere Anzahl gültiger und unterschriebener Briefstimmausweise enthält,
 4. der Briefstimmausweis in einem Verzeichnis für ungültig erklärter Briefstimmausweise aufgeführt ist.

- (6) Bei Bedenken entscheidet der Abstimmungsvorstand über die Zulassung oder die Zurückweisung. Die Gründe des Beschlusses werden auf der Rückseite des Rücksende- oder des Stimmzetteluverts vermerkt.
- (7) Die zurückgewiesenen Briefstimmunterlagen und die Briefstimmausweise, über die beschlossen wurde, ohne dass es zu einer Zurückweisung kam, sind auszusondern, mit einem Vermerk über den Grund des Beschlusses zu versehen und der Niederschrift beizufügen.
- (8) Wer Briefstimmunterlagen eingesandt hat, die zurückgewiesen wurden, wird nicht als abstimmende Person gezählt; seine Stimmen gelten als nicht abgegeben.
- (9) Die Stimmzetteluverts werden ungeöffnet gezählt. Ergibt sich dabei auch nach wiederholter Zählung eine Abweichung von der Zahl der zugelassenen Briefstimmausweise, ist das in der Niederschrift zu vermerken und, soweit möglich, zu erläutern. Dann werden die Stimmzetteluverts geöffnet und die Stimmzettel entnommen. Die Ermittlung und Feststellung des Ergebnisses erfolgt entsprechend § 25.

§ 25 Ermittlung und Feststellung des Abstimmungsergebnisses

- (1) Unmittelbar nach Schluss der Abstimmung ermittelt der Abstimmungsvorstand das Abstimmungsergebnis für den Stimmbezirk.
- (2) Die Zahl der Stimmberechtigten wird anhand des Stimmberechtigtenverzeichnisses ermittelt. Die Zahl der Personen, die gestimmt haben, wird aus den Stimmabgabevermerken im Stimmberechtigtenverzeichnis festgestellt.
- (3) Vor dem Öffnen der Urnen sind alle nicht benutzten Stimmzettel von den Tischen, an denen das Ergebnis ermittelt werden soll, zu entfernen und zu verpacken. Hierauf wird die Urne geleert. Anschließend werden die Stimmzettel entfaltet und gezählt.
- (4) Die Zahl der Stimmzettel wird anschließend mit der Zahl der Stimmabgabevermerke verglichen. Ergibt sich dabei auch nach wiederholter Zählung keine Übereinstimmung, ist dies in der Niederschrift zu vermerken und, soweit möglich, zu erläutern.
- (5) Die Stimmzettel werden auf ihre Gültigkeit geprüft und dann auf folgende Stapel gelegt:
 1. gültige Stimmzettel mit einer Ja-Stimme,
 2. gültige Stimmzettel mit einer Nein-Stimme,
 3. Stimmzettel, die nicht gekennzeichnet sind,
 4. Stimmzettel, die Anlass zu Bedenken geben.
- (6) Stimmzettel, die nicht gekennzeichnet sind, und Stimmzettel, die Anlass zu Bedenken geben, werden ausgesondert. Dann ermitteln zwei Mitglieder des Abstimmungsvorstandes unabhängig voneinander durch Zählen der geordneten Stimmzettel die Zahl der jeweils abgegebenen Stimmen. Stimmt das Ergebnis dieser beiden Zählungen nicht überein, ist der Zählvorgang zu wiederholen. Es ist auch während der Zählvorgänge darauf zu achten, dass die Stimmzettel richtig getrennt gelegt sind. Den ermittelten Stimmenzahlen sind anschließend die Stimmen der durch Beschluss gültig erklärten Stimmzettel hinzurechnen.

(7) Ungültig ist die Stimmvergabe, wenn

1. der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist,
2. der Stimmzettel nicht gekennzeichnet ist,
3. der Stimmzettel ganz durchgestrichen oder ganz durchgerissen ist,
4. der Wille der abstimmenden Person nicht zweifelfrei zu erkennen ist.

(8) Werden Stimmzettel nicht an der dafür vorgesehen Stelle gekennzeichnet, ist die Stimmvergabe nur dann ungültig, wenn der Wille des Stimmberechtigten nicht mit Bestimmtheit zu ermitteln ist.

(9) Enthält bei der brieflichen Abstimmung ein Stimmzettelkuvert zum gleichen Bürgerentscheid mehrere gleich gekennzeichnete Stimmzettel, gelten diese als ein Stimmzettel. Wenn sie Verschieden gekennzeichnet sind, ist die Stimmvergabe ungültig.

(10) Über die Gültigkeit von Stimmzetteln, die gekennzeichnet sind und Anlass zu Bedenken geben, beschließt der Abstimmungsvorstand. Die Gründe, aus denen eine Stimmvergabe für ungültig oder für gültig erklärt wurde, vermerkt der Abstimmungsvorsitzende auf der Rückseite des Stimmzettels mit Unterschrift. Stimmzettel, über die der Abstimmungsvorstand Beschluss gefasst hat, sind der Niederschrift beizufügen.

(11) Enthält der Stimmzettel mehrere Bürgerentscheide (bzw. eine Stichfrage), so sind die Stimmzettel nach Auswertung der Stimmen für den ersten Bürgerentscheid jeweils nach Absatz 5 und 6 nur zu ordnen und auszuwerten.

(12) Nach Auswertung aller Stimmzettel stellt der Abstimmungsvorstand das Abstimmungsergebnis fest und schließt die Niederschrift ab. Der Abstimmungsvorsitzende überbringt dem Abstimmungsleiter unverzüglich die Niederschrift samt Stimmberechtigtenverzeichnis und beschlussmäßig behandelten Stimmzettel. Die restlichen Abstimmungsunterlagen sind gesondert zu verpacken, zu versiegeln und ebenfalls zu übergeben.

(13) Das Ergebnis des Bürgerentscheids wird nach Feststellung durch den Abstimmungsausschuss ortsüblich bekanntgemacht (Art. 18a Abs. 16 GO).

Sechster Teil: *Schlussbestimmungen*

§ 26 Verwahrung und Vernichtung der Abstimmungsunterlagen

Die Gemeinde verwahrt alle Unterlagen der Abstimmung. Diese können nach einem Jahr vernichtet werden, es sei denn, dass Abstimmungsprüfverfahren noch nicht abgeschlossen sind.

§ 27 Inkrafttreten

(1) Die Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Satzung vom 09. Januar 1996 außer Kraft.

Luhe-Wildenau, 09. September 1997
Markt Luhe-Wildenau

Dr. Preißer
Erster Bürgermeister

Anlage:
Bürgerentscheidsbekanntmachung

1. Bürgerentscheid

Am findet ein Bürgerentscheid in der Gemeinde

Zu folgendem/n Thema/en (Kurzbezeichnung/en) statt.

Die Abstimmung dauert von 10 bis 18 Uhr.

2. Stimmabgabe

Die Gemeinde ist in ... Stimmbezirke eingeteilt. In den Stimmrechtsausweisen, die den Stimmberechtigten bis spätestens ... (21. Tag vor dem Bürgerentscheid) übersandt wurden, sind der jeweilige Stimmbezirk und das Stimmlokal angegeben, in dem die Stimmberechtigten abstimmen können. In einem anderen Stimmlokal ist eine Stimmabgabe nicht möglich. Bis zum (5. Tag vor dem Bürgerentscheid) können Stimmberechtigte bei der Gemeinde briefliche Abstimmung beantragen. Zur Stimmabgabe und zur Beantragung der brieflichen Abstimmung beachten Sie bitte die weiteren Hinweise auf Ihrem Stimmrechtsausweis.

3. Antrag auf Eintragung ins Stimmberechtigtenverzeichnis

Jede stimmberechtigte Person, die bis zum (21. Tag vor dem Bürgerentscheid) keinen Stimmrechtsausweis erhalten hat, muss bis spätestens zum ... (5. Tag vor dem Bürgerentscheid) den Eintrag in das Stimmberechtigtenverzeichnis beantragen, um an der Abstimmung teilnehmen zu können.

Ein Antrag auf Eintragung ist schriftlich oder zur Niederschrift unter Angabe des Familiennamens, des Vornamens, des Tages der Geburt und des Geburtsortes bei der Gemeinde einzureichen. Dabei muss die stimmberechtigte Person nachweisen, dass sie sich am Abstimmungstag seit mindestens drei Monaten ununterbrochen mit dem Schwerpunkt ihrer Lebensbeziehungen in der Gemeinde aufhält.

Der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen Verheirateter, die nicht dauernd getrennt von ihrer Familie leben, ist regelmäßig die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie; das gilt ebenso für Unverheiratete, die bei ihrer Familie wohnen. Im Übrigen ist der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen regelmäßig am Ort der Wohnung, von der aus eine Person ihrer Erwerbstätigkeit oder ihrer Ausbildung nachgeht.

Kann eine stimmberechtigte Person infolge einer Behinderung den Antrag nicht persönlich unterzeichnen, darf sie sich der Hilfe einer Person ihres Vertrauens bedienen. Diese hat unter Angabe ihrer Personalien glaubhaft zu machen, dass die Antragstellung dem Willen der stimmberechtigten Person entspricht.

4. Öffentlichkeit der Abstimmung

Die Stimmberechtigtenverzeichnisse sind bei der Gemeinde einsehbar.

Die Durchführung der Abstimmung und die Ermittlung und Feststellung des Abstimmungsergebnisses sind öffentlich. Jedermann hat Zutritt, soweit das ohne Beeinträchtigung der Abstimmung möglich ist.

Zur Ermittlung des Ergebnisses der brieflichen Abstimmung treten die Abstimmungsvorstände um in (Bezeichnung und genaue Anschrift der Auszählräume) zusammen.

Zur Feststellung des Ergebnisses des Bürgerentscheides tritt der Abstimmungsausschuss am ... (Datum) um ... (Uhrzeit) in (Adresse des Versammlungsraums) zusammen.

5. Der/Die Stimmzettel

6. Die Auffassungen zu den Abstimmungsvorlagen